

Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7—12, 2—5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wolkensdorf bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Kioske sind der Besitzer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktäg. Nachm. Bezugspreis v. 1.—31. Juli im voraus 150 G.-Pfg. freibl., ausschl. Erleger. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweis auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gebrüder 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfach Nr. 10. Postfach Nr. 11. Postfach Nr. 12. Postfach Nr. 13. Postfach Nr. 14. Postfach Nr. 15. Postfach Nr. 16. Postfach Nr. 17. Postfach Nr. 18. Postfach Nr. 19. Postfach Nr. 20. Postfach Nr. 21. Postfach Nr. 22. Postfach Nr. 23. Postfach Nr. 24. Postfach Nr. 25. Postfach Nr. 26. Postfach Nr. 27. Postfach Nr. 28. Postfach Nr. 29. Postfach Nr. 30. Postfach Nr. 31. Postfach Nr. 32. Postfach Nr. 33. Postfach Nr. 34. Postfach Nr. 35. Postfach Nr. 36. Postfach Nr. 37. Postfach Nr. 38. Postfach Nr. 39. Postfach Nr. 40. Postfach Nr. 41. Postfach Nr. 42. Postfach Nr. 43. Postfach Nr. 44. Postfach Nr. 45. Postfach Nr. 46. Postfach Nr. 47. Postfach Nr. 48. Postfach Nr. 49. Postfach Nr. 50. Postfach Nr. 51. Postfach Nr. 52. Postfach Nr. 53. Postfach Nr. 54. Postfach Nr. 55. Postfach Nr. 56. Postfach Nr. 57. Postfach Nr. 58. Postfach Nr. 59. Postfach Nr. 60. Postfach Nr. 61. Postfach Nr. 62. Postfach Nr. 63. Postfach Nr. 64. Postfach Nr. 65. Postfach Nr. 66. Postfach Nr. 67. Postfach Nr. 68. Postfach Nr. 69. Postfach Nr. 70. Postfach Nr. 71. Postfach Nr. 72. Postfach Nr. 73. Postfach Nr. 74. Postfach Nr. 75. Postfach Nr. 76. Postfach Nr. 77. Postfach Nr. 78. Postfach Nr. 79. Postfach Nr. 80. Postfach Nr. 81. Postfach Nr. 82. Postfach Nr. 83. Postfach Nr. 84. Postfach Nr. 85. Postfach Nr. 86. Postfach Nr. 87. Postfach Nr. 88. Postfach Nr. 89. Postfach Nr. 90. Postfach Nr. 91. Postfach Nr. 92. Postfach Nr. 93. Postfach Nr. 94. Postfach Nr. 95. Postfach Nr. 96. Postfach Nr. 97. Postfach Nr. 98. Postfach Nr. 99. Postfach Nr. 100.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Siegelheim.

Nr. 163

Dienstag, den 15. Juli 1924

47. Jahrgang.

Eine Kanzlerrede an die deutsche Presse.

Der Reichskanzler empfing am 14. Juli im Voraus 150 G.-Pfg. freibl., ausschl. Erleger. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweis auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Die Unterhaltungsfrage in der Erwerbslosen-Fürsorge werden erhöht.

Im Thüringischen Landtag ist ein Konflikt ausgebrochen. In Prag wurden am Sonnabend Nachmittag die Verhandlungen der drei Außenminister der kleinen Entente geschlossen.

Herriot erhielt vom französischen Senat mit 246 gegen 18 Stimmen ein Vertrauensvotum.

Die Aussichten für eine deutsche Anleihe in England sind gering.

Ein englisch-russischer Handelsvertrag steht vor dem Abschluss.

In Bulgarien kam es zu Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Bauern.

Japan will das Washingtoner Flottenabkommen kündigen.

Amerika richtete eine Absage an den Völkerbund.

Die brasilianische Regierung wurde gestürzt.

Der amerikanische Sachverständige Young will die Rolle eines Schlichters auf der Londoner Konferenz spielen.

Amerika erkennt das Tanagerabkommen nicht an.

Waldenburg, 14. Juli 1924.

Die Konferenz der „interalliierten Mächte“, die am 16. Juli in London ihren Anfang nehmen soll, ist bekanntlich von dem englischen Premierminister Macdonald vorgeschlagen worden. Aber aus ihrem wichtigen Programm, das besonders dem Treiben der Reparationskommission mit ihrer Willkür ein Ende machen wollte, war auf den Widerpruch Frankreichs eine Reihe von „Unregungen“ geworden, die bei dem Besuch Macdonalds in Paris auch noch verschwand. Die Reparationskommission hat alle ihre Rechte, die ihr in Wirklichkeit gar nicht zustehen, da sie nicht mit dem Versailler Vertrag in Einklang stehen, behalten, und die Konferenz soll im übrigen zusehen, was sie sonst beschließen und aus dem Dawesplan machen wird. Ob aus der Tätigkeit der Konferenz wirklich praktische Beschlüsse herauskommen werden ist noch sehr die Frage, und es ist wohl möglich, daß die Verhandlungen ebenso ergebnislos schließen werden, wie die früher stattgehabten Konferenzen über die Reparationen.

Die große Nachgiebigkeit, die Macdonald gegenüber seinem Kollegen Herriot in Paris bewiesen hat, ist nicht überall anerkannt worden. Poincaré hat im französischen Senat zwar seinem Nachfolger für dessen Tätigkeit gedankt, aber doch gemeint, daß Rechte Frankreichs in der Besprechung mit Macdonald gefährdet seien. Damit ist Herriot schon ein Wink mit dem Zaunpfahl gegeben worden, wie er auf der Konferenz neue Winkelzüge machen kann. Es steht also noch keineswegs fest, daß die Verständigung in Paris, an die allerdings nur die Optimisten glauben, in London zur Tatsache werden wird, zumal auch Macdonald andeutet hat, daß er über einzelne Punkte noch nicht endgültig mit sich im Reinen ist. Außerdem wird die Teilnahme an der Versammlung so groß sein, daß nicht abzusehen ist, wie sich die Abstimmung im einzelnen gestalten wird.

Wenn diese Regung zur Selbstständigkeit vorhanden ist so ist es auch nicht ausgeschlossen, daß ein Teil der Regierungen darauf achtet, daß Deutschland nicht gar zu obenhin behandelt wird. Auch auf dem Völkerbund in Genf sprachen wiederholt Mitglieder desselben im Interesse des Deutschen Reiches, ohne allerdings damit etwas ausrichten zu können. Möglicherweise geht es diesmal besser.

Von besonderem Interesse für uns ist vor allem

die Frage, wie sich die Konferenz zu der Teilnahme Deutschlands stellen werde. Nach Herriots Absichten sollen wir wiederum vor eine vollendete Tatsache gestellt und erst nach London gerufen werden, wenn sich die Entente über das uns aufzuerlegendende neue Diktat einig geworden ist. Nach den Erklärungen Macdonalds soll indessen erst die Londoner Konferenz selbst entscheiden, zu welchem Zeitpunkt Deutschland hinzuzuziehen ist. Deutscherseits kann demgegenüber kein Zweifel darüber gelassen werden, daß etwaige Abänderungen des Dawes-Gutachtens und des Versailler Vertrages nur unter gleichberechtigter Teilnahme Deutschlands erfolgen können. Wir haben den Dawesplan als einheitliches und unabänderliches Ganzes angenommen, und die Entente ebenfalls, so daß also jede einseitige Änderung unbedingt ausgeschlossen sein sollte. Wir haben auch dem Plan zugestimmt, weil er uns die volle Freiheit im Einbruchgebiet wieder bringen sollte. Das war sehr ernst gemeint und nicht etwa bloß eine äußere Formel.

Mit Recht ist deshalb angesichts des Zusammentritts der Konferenz in London von unserer Seite betont worden, daß die Grenzen, die der Versailler Vertrag für die Okkupation deutschen Gebietes anordnete durch den Dawesplan innegehalten und weitere Gebiete von den fremden Truppen geräumt werden müssen. Das ist die Forderung nach Freigabe des Ruhrgebietes, die nicht übersehen werden darf. Wird hierüber keine Zustimmung erlangt, dann kann Deutschland seine künftige Stellung nicht von den Beschlüssen der Konferenz abhängig machen.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Verhandlungen in der Reichskanzlei.

Die Spitzengewerkschaften haben vor kurzem an die Reichsregierung eine Eingabe in der Frage der auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens von der Regierung in Aussicht genommenen Steuerpläne gerichtet. In dieser Eingabe wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die in dem Sachverständigen-Gutachten gemachten Steuerentwürfe von der Regierung infolge einseitig ausgeführt werden könnten, als die Hauptlast der neuen Steuern auf die breite Masse abgewälzt werden würde. Die Reichsregierung hat auf diese Eingabe hin die Spitzengewerkschaften zu einer Sitzung eingeladen. In vierstündigen Verhandlungen wurden die projektierten Steuerprobleme eingehend erörtert. Von gewerkschaftlicher Seite wurde die Auffassung vertreten, daß die breiten Massen des Volkes unter keinen Umständen weitere Lasten tragen könnten. Die Lohnsteuer, die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungsbeiträge usw. würden schon schwer genug von den arbeitenden Klassen getragen. Weiter sei zu bedenken, daß mannigfache Verteuerungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens ohnehin in der Hauptsache von der breiten Bevölkerung getragen werden müßten, wie z. B. die kommende Verteuerung des Eisenbahnverkehrs, die Industrieobligationszinsen, die in die Preise einfaltuliert würden, u. a. Die Gewerkschaften verlangten demgegenüber die Bewirkung derjenigen in dem Sachverständigen-Gutachten gemachten Vorschläge, die auf die Schultern der Besitzenden abgewälzt werden könnten. Auf keinen Fall würden die Gewerkschaften die Schutzpolitik mitmachen. Nach Beendigung der Debatte wurde seitens der Regierung die Erklärung abgegeben, daß die Steuerpläne auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens soweit als möglich im Sinne der Gewerkschaften berücksichtigt würden. Es dürfte danach eine Verschärfung der Einkommensteuer für diejenigen, die sich selbst einschätzen, ferner eine Besteuerung der Auslandsgewinne und eine Erfassung der Geldentwertungsgewinne erfolgen.

Der Ostpreußentag.

Empfang beim Reichskanzler.

Aus Anlaß der vierten Wiederkehr des Abstimmungstages in Ost- und Westpreußen empfing Reichskanzler Marx in Gegenwart der Reichsminister Dr.

Jarres und Dr. Stresemann, ferner des Staatssekretärs Dr. Weismann, der als Vertreter des erkrankten preussischen Ministerpräsidenten Braun erschienen war, sowie des preussischen Innenministers Severing, eine Abordnung aus Vertretern der Ost- und Westpreussischen Heimatdienste unter Führung des Herrn Dr. Marks-Altenstein, Max Borgitzki-Altenstein und Götz-Marienburg. Ferner waren erschienen der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen Siehr, der ostpreussische Vertreter beim Reichs- und Staatsministerium in Berlin und Vertreter der Heimattreuen Ost- und Westpreußens im Reich.

Eine Rundfunkrede Severings.

Zur vierten Wiederkehr des Abstimmungstages für Ost- und Westpreußen hielt der Preussische Minister des Innern Severing durch Rundfunk am 11. Juli eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Wer die große Bedeutung der Abstimmung des 11. Juli 1920 recht würdigen will, der muß sich mit seinen Erinnerungen zurückverlegen in die damalige Zeit. Deutschland hatte eine Demütigung nach der anderen erfahren. Reiche Industriebezirke, blühende landwirtschaftliche Provinzen waren ihm nach dem Diktat des Siegers geraubt. Interalliierte Soldaten und Beamte hielten weitere Gebiete besetzt und stempelten durch ihr Vorgehen die deutsche und preussische Souveränität zur Farce. Und im Innern Deutschlands schien es manchmal so, als ob die Not der Zeit das Volk nicht zusammenschweiße, sondern auseinanderreibe. In den Straßen so mancher Städte tobten blutige Kämpfe. Das Faustrecht schien sich wieder einbüßern zu wollen, und der Glaube an den Rechtsstaat erlitt arge Erschütterungen.

Mit den gewaltsam entrisenen Gebietsteilen wollten sich die Siegerstaaten und ihre Verbündeten jedoch nicht begnügen. Das sogenannte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das in den Annexionen deutschen Landes mit Füßen getreten war, wurde herangezogen, um neue Ansprüche auf Gebietsabtretungen zu begründen. So kam die Abstimmung in der Nordmark am 14. März 1920 zustande, so sollten die Oberschlesier im März 1921 über ihr nationales Schicksal entscheiden und so wurden die Ost- und Westpreußen aufgerufen, am 11. Juli 1920 zu bestimmen, ob sie bei Preußen und Deutschland verbleiben oder dem neu errichteten polnischen Staate zugeschlagen werden sollten.

Ich war Zeuge des unbeschreiblichen Jubels der ost- und westpreussischen Bevölkerung, als es im August 1920 gelang, die besetzten Gebiete wieder in preussische Verwaltung zu übernehmen. Der leise Unterton dieses Jubels war damals das Gelöbnis, nicht nur an einem Tage mit dem Stimmzettel in der Hand sich für Deutschland zu bekennen, sondern an allen Tagen für Deutschland und Preußen auf der Wacht zu sein.

Gegen die Militärkontrolle.

Ein deutschnationaler Einspruch.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat namens der Fraktion in Sachen der Militärkontrolle einen offenen Brief an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann gerichtet. Darin heißt es unter anderem:

Herr Minister! Jetzt ist die Stunde da, jetzt ist der letzte Augenblick gekommen, Deutschland von der Schmach der Militärkontrolle und ihrer unbegrenzten Fortsetzung zu befreien. Eine Sicherheit, daß dieses ungeheure, der deutschen Ehre und der Reichswehr zugemutete Opfer bei den bevorstehenden Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten, insbesondere über die militärische Räumung von Rhein und Ruhr, für Deutschland irgendeinen Vorteil eintragen werde, ist nicht von Ihnen geschaffen worden. Sie besteht nicht, im Gegenteil, die deutsche Stellung wird wesentlich geschwächt, wenn Sie, Herr Minister, wiederum Bedingungen, die Deutschland gestellt hat, einfach fallen lassen. Wir fordern die Reichsregierung hierdurch auf, das Zugeständnis vom 30. Juni nach Fortfall der Bedingungen, unter denen es in Aussicht gestellt war, als unwirksam zu erklären und die geforderten Kontrollhandlungen nicht zuzulassen.

Das Zugeständnis einer nochmaligen Kontrolle, vor dem wir nachdrücklich gewarnt haben, hätte überhaupt nicht in Aussicht gestellt werden dürfen. Ein